Nr. 92. 18. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,20, vierteljährlich ℳ 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus.
Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wabersky in Hamburg.

Mittwoch, den 20. April 1904.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaux.
Redaktion und Expedition: Fehlandstraße 11 in Hamburg 1.

Filialen: Süd-St. Pauli bei Carl Lementzow, Davidstr. 35. Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 48, Eimsbüttel. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Bachstr. 12, Barmbeck. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbeck bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rotenburgsort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Eilbeck, Wandsbeck und Hinschenfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbeck. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottensen, Bahrenfeld bei Johannes Heine, Bahrenfelderstr. 140, Ottensen

Hierzu eine Beilage.

Größenwahn.

Als dieser Tage angesichts des englisch-französischen Bündnisses im Reichstage die immer mehr fühlbar werdende Isolierung Deutschlands betont wurde, meinte der Reichskanzler, Deutschland sei im äußersten Falle auch stark genug, sich allein seiner Haut zu wehren. Stimmt dies, nun, dann ist auch kein Grund vorhanden, mit neuen Forderungen behufs Verstärkung des Heeres und der Flotte an den Reichstag zu kommen. Allein, so unnachgiebig die Regierung gegenüber allen Bestrebungen auf Erleichterung der Militär- und Steuerlasten ist, so nachgiebig ist sie gegenüber dem Drängen der Flottenfexe, gerade wie sie sich von den Junkern und Agrariern schieben läßt. Graf Bülow hat demgemäß mit seiner von ihm selbst gerühmten Kaltblütigkeit die über das englisch-französische Bündniß sich aufregenden Flottenfexe nicht beruhigen können. Diese weisen wiederholt auf die geheimen Feindseligkeiten Englands gegen Deutschland hin; namentlich wird auch dem König von England eine sehr feindselige Gesinnung gegen Deutschland zugeschrieben. Dieser Monarch, hieß es unlängst in einem französischen Blatte, sei sich klar über den schweren Konkurrenzkampf, den England mit Deutschland zu bestehen habe, und er sei ein aufrichtiger Freund Frankreichs.

Die Wendung ist also genau so gekommen, wie die Gegner der Welt- und Flottenpolitik sie allezeit angekündigt haben. Die deutschen Großhändler, die davon träumen, mit einer großen deutschen Schlachtflotte den Engländern ihre Seeherrschaft und ihren Welthandel entreißen zu können, haben diese Absichten zu offen ausgesprochen, als daß nicht die Engländer bei Zeiten sich vorsehen sollten. Und zu diesem Zweck ist ein Bündnis mit Frankreich das bequemste und billigste Mittel, denn unter diesen Umständen brauchen die Engländer nicht einmal große Flottenverstärkungen vorzunehmen, sondern können einstweilen ruhig zusehen, wie das Deutsche Reich sich „verbaut“ und sich immer tiefer in den Milliarden-Schuldenabgrund hineindrängen läßt.

Die „Alldeutschen“, die bekanntlich die Flottenfexerei bis zum Wahnwitz treiben, haben dieser Tage in Gotha einen Beschluß gefaßt, der zeigen soll, wie man dem englischen Uebergewicht zur See entgegentreten muß. Sie fordern: Fertigstellung des Flottenprogramms von 1900 bis zum Jahre 1912 (anstatt 1920), schleunigen Bau der früher abgelehnten Auslandsflotte (unter Berücksichtigung der durch die inzwischen anders gearteten Verhältnisse gebotenen Aenderungen) und die Ersetzung der Küstenpanzerschiffe durch vollwertige Linienschiffe.

Dies muß sobald wie möglich geschehen, sagt ein „alldeutsches Organ“, wenn die Deutschen nicht eine Nation von „schwächlichen Träumern“ bleiben wollen. Das alles soll natürlich nicht, sagt man, einen Angriffskrieg vorbereiten, sondern nur „zur Erhaltung unserer Machtstellung“ dienen. Im selben Atem aber wird davon gesprochen, daß eine solche Flotte der französisch-englischen Koalition „mit Erfolg“ gegenübertreten könne — man denkt also doch an den Ernstfall, an einen Seekrieg, bei dem es wahrlich nicht darauf ankommt, wer der Angreifer ist, denn wenn sich die Dinge einmal soweit zugespitzt haben, dann greift eben derjenige an, für den der Angriff die meisten und besten Chancen bietet. Das hat man im japanischen Kriege gesehen.

In der Gothaer Resolution sieht man den ganzen Größenwahn und Aberwitz der „alldeutschen“ Flottenschwärmer, wenn man zwischen den Zeilen lesen will. Denn was diese Leute wollen, ist nicht mehr und nicht weniger als eine Seemacht, welche England und Frankreich zusammen überlegen ist.

Nun ist die ganze Flottenfrage doch wesentlich eine Geldfrage. Deutschland kämpft sich zur Zeit mit einem Defizit ab, das durch die kümmerliche „Finanzreform“ des Herrn v. Stengel schwerlich wird aus der Welt geschafft werden können. Die Bevölkerung ist erschöpft, ausgepowert, überlastet und mit neuen Lasten bedroht. Frankreich hat weit reichere Hülfsquellen als Deutschland, und England desgleichen. Und diese beiden Länder sollen nach den Wünschen der Alldeutschen von Deutschland mit dem Flottenbau überflügelt werden!

Einfach ein wahnwitziges Verlangen. Denn wenn der Gothaer alldeutsche Flottenplan ausgeführt würde, so würden natürlich Frankreich und England auch mehr Schiffe bauen. Die Engländer in erster Linie haben für jeden, der es hören wollte, deutlich genug erklärt, sie würden auf der See keinen überlegenen Gegner aufkommen lassen. Und dabei werden sie bleiben. Die Alldeutschen aber fragen nicht nach den Konsequenzen eines solchen Wettkampfes, der zum Bankrott des Reiches führen müßte, wenn es ihn aufnehmen wollte.

Die Stellung der Reichsregierung zu all' diesen Fragen werden wir ja ersehen, wenn die schon längst in der Luft schwebende Marinevorlage greifbar an den Reichstag herantritt. Sie wird natürlich auf die Torheiten und Phantastereien der Alldeutschen nicht eingehen, aber sie wird, so fürchten wir, ihnen ein gutes Stück entgegenkommen. Sie wird von dem unter gewissen Schichten der herrschenden Klassen zur Zeit obwaltenden Tatendrang wohl ein Stück mitgerissen werden. Dieser Tatendrang, der sich in verschiedenen Blättern mit chauvinistischem Geheul und Säbelrasseln ankündigt, kommt zum Teil wohl daher, daß die alten Parteien auf den Gebieten der inneren Politik meist ratlos sind. Sie wissen nicht, wie mit den sozialen Strömungen fertig werden, und manche Schichten erwarten darum alles von einer großen Verwicklung nach außen, vor welcher die Fragen der inneren Politik vollkommen zurücktreten. Damit wäre nach der Meinung dieser Leute auch die gefürchtete Sozialdemokratie überwunden. Eine Niederwerfung Englands, die Aneignung großer und reicher Kolonialgebiete, die Schaffung eines neuen Welthandels, das sind die Utopien dieser Leute, die dafür das deutsche Volk bis zur völligen Erschöpfung mit Lasten bepacken wollen. Alle diese Utopien bedürfen gar keiner ernsthaften Widerlegung; sie lösen sich von selbst in Dunst auf, sobald sie mit der rauhen Wirklichkeit zusammenstoßen. Aber die Gefahr bleibt, daß durch das unablässige Drängen und Treiben dieser Elemente das Deutsche Reich in Verwicklungen bedenklichster Art gerät, bei denen es von dem Traum der Ueberlegenheit über die nunmehr verbündeten Engländer und Franzosen auf eine sehr unangenehme Art kuriert werden könnte.

„Tolle Träumer“, von denen ein alldeutsches Blatt spricht, sind ganz gewiß nicht jene Deutschen, die dem Flottenkoller Widerstand leisten, sondern vielmehr jene Elemente, die dem deutschen Volke zumuten, sich vollständig auspowern zu lassen, um einem Phantom nachzujagen, das die Ausgeburt einer überreizten Phantasie und eines tollen nationalen Dünkels einerseits und einer schrankenlosen Gewinnsucht anderseits ist.

Von der Weltbühne.

Aus dem Reichstage. Berlin, den 18. April. Zwei Resolutionen zum Etat des Reichskanzlers, betreffend die Vergebung von Arbeiten für das Reich, bildeten heute den Gegenstand der Beratung. Unsere Genossen verlangen, daß bei Arbeiten für das Reich die Arbeiter anständigen Lohn und gute Arbeitsbedingungen haben sollen. Das kann erreicht werden, wenn in den Lieferungsbedingungen entsprechende Klauseln aufgenommen werden. In manchen Ländern, u. a. auch in Großbritannien, geschieht es. Dort wird den Lieferanten zur Pflicht gemacht, alle Forderungen der Trade unions zu erfüllen. Das Zentrum stellt eine ähnliche Resolution, nur daß es auch Vorteile für die Handwerker schaffen will.

Als erster Redner erhielt Gröber das Wort, der an der Hand der bestehenden Vorschriften nachwies, daß diese veraltet und nebenbei so unklar sind, daß kaum ein Jurist sich hindurchfinden kann. Der Glaube, daß durch neue Vorschriften dem Handwerk große Hülfe und Rettung vor dem Untergang gebracht werden könne, spielte in seiner Rede eine große Rolle.

Anders faßte Genosse Dr. Braun die Sache an, der die von unseren Genossen eingebrachte Resolution begründete. Er wies nach, daß der Niedergang des Handwerks in unserer ganzen wirtschaftlichen Entwicklung begründet sei. Auch bei Arbeiten für das Reich komme das eigentliche Handwerk wenig in Frage. Die Ausführung von Bauten werde meistens an großkapitalistische Baugeschäfte übertragen; der Bau von Kriegsschiffen, die Lieferung von Waffen, Stoff zu Uniformen, sowie die Lieferung von Kabeln, Telegraphendraht, Telephonapparaten, Schienen für Eisenbahnen, Lokomotiven, Wagen usw. seien alles Dinge, bei denen das Handwerk nicht konkurriere. Die Kostenanschläge werden meistens auf der Basis berechnet, daß für eine nicht übermäßig lange Arbeitszeit ein anständiger Lohn gezahlt werden kann. Wenn nun Unternehmer die Konjunktur ausnutzen und für Hungerlöhne die Gegenstände herstellen lassen, dann hat das Reich keinen Nutzen, sondern sei eher geschädigt, weil meistens dem Lohn und den Arbeitsbedingungen entsprechend die Qualität der Arbeit ausfällt. Wenn aber in solchen Fällen, wo die Unternehmer Tarifverträge mit den Arbeitern geschlossen haben, das Reich auf Innehaltung der Verträge dringt, dann fördert es die Abschließung solcher Verträge. Sind solche Klauseln über Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Verträgen, dann hindert das Reich die schmutzige Ausbeutung, welche oft bei Arbeiten für das Reich vorkommt. Viele Unternehmer spekulieren auf die Notlage der Arbeiter und suchen im Hinblick hierauf anständige Unternehmer zu unterbieten. Mit einer großen Zahl schlagender Argumente aus der Praxis begründete Dr. Braun jeden Satz und jedes Wort der Resolution.

Wenn Gelegenheit vorhanden ist, über das Handwerk zu reden, dann kommt eine Fülle von Mittelstandsretterreden. In diesem Strome schwammen der Mecklenburger Dr. Dröscher, Erzberger, Böckler usw. Erzberger und Böckler benutzten nebenbei die Gelegenheit, gegen unsere Genossen zu polemisieren, indem sie den alten Kohl aufwärmten, daß die Vernichtung des Mittelstandes eine Forderung der Sozialdemokratie sei. Die Tatsache des Rückganges des Handwerks erkennen sie an und brachten zum Teil recht schlagende Beweise dafür. Sie waren auch nicht in der Lage, nachzuweisen, daß das Handwerk in großem Umfang an den Lieferungen für das Reich beteiligt ist.

In einem kurzen Schlußwort führte Dr. Braun die hauptsächlichsten Argumente, welche gegen seine Ausführungen vorgebracht waren, ad absurdum.

Als dann abgestimmt wurde, stimmten nur die Freisinnigen und unsere Genossen für unsere Resolution; die Resolution des Zentrums wurde dagegen fast einstimmig angenommen.

Ueber die Entschädigung der Farmer in Deutsch-Südwestafrika für die durch den Hereros-Aufstand erlittenen Verluste ist der Budgetkommission des Reichstages, die das Reichsschatzamt um Mitteilungen über die Verwendung des in der zweiten Ergänzung zum Haushaltsetat der Schutzgebiete 1904 für das südwestafrikanische Schutzgebiet bereitgestellten Fonds von 2 Millionen Mark ersucht hatte, eine Denkschrift zugegangen. Sie geht davon aus, daß ein Rechtsanspruch der Geschädigten gegen den Fiskus auf Schadenersatz nicht besteht, meint aber, es liege in dem eigensten Interesse des Schutzgebietes, daß die Geschädigten durch öffentliche Hülfeleistungen zur Wiederaufnahme ihrer Wirtschaftsbetriebe in den Stand gesetzt werden. Aus dem Umstande, daß die Geschädigten sich im Vertrauen auf den Schutz des Reiches in dem Schutzgebiete angesiedelt hätten, lasse es sich auch rechtfertigen, sie wenigstens in ihren notwendigen Lebensbedingungen zu schützen und in ihrem Haus- und Nahrungsstande zu erhalten, wie man ja in der Heimat auch z. B. bei Ueberschwemmungen einspringe. Die ungünstigen Erfahrungen, die insbesondere in Preußen mit der Rückerstattung von Darlehen gemacht worden seien, ob sie nun verzinslich oder unverzinslich gegeben wurden, ließen diese nur dort am Platze erscheinen, wo sie wie in Fällen größerer Betriebe zur Aufrechterhaltung der Kreditfähigkeit der Geschädigten ausreichen. In allen übrigen Fällen werde grundsätzlich die Form der Beihülfe ohne Auflage der Rückerstattung zu wählen sein. Auszuschließen seien alle diejenigen, welche nachgewiesenermaßen beim Aufstande eine der Landesregierung unfreundliche Haltung angenommen oder den Aufstand durch eigenmächtige und gesetzwidrige Handlungen mit verschuldet hätten, keineswegs aber alle Ausländer. Zu bedenken seien insbesondere solche Ausländer, die dem Schutzgebiete gute Dienste im Kampf gegen die Eingeborenen geleistet haben; die Entscheidung darüber empfehle sich dem Reichskanzler vorzubehalten. Für Beihülfen müsse die Voraussetzung die Verpflichtung des Geschädigten zur Wiederaufnahme seines Anwesens und zur Fortsetzung seines Wirtschaftsbetriebes im Schutzgebiete sein. Handle es sich um eine Person oder Gesellschaft mit einem Landbesitz, der ihre derzeitigen Wirtschaftszwecke erheblich übersteige, so werde die Hülfsleistung von der Abtretung eines angemessenen Teiles des bewirtschafteten Landbesitzes an den Fiskus zu Eigentum abhängig gemacht werden können. Von der Verpflichtung der Fortsetzung des Wirtschaftsbetriebes könne nur dann abgesehen werden, wenn wie bei Witwen und Waisen die Weiterführung des Betriebes untunlich sei. Da müsse aber dann die Abtretung des Anwesens an den Fiskus zu Eigentum die Voraussetzung der Hülfeleistung sein. Nur der unmittelbare Schaden sei zu berücksichtigen; die mit Versicherung gedeckten Verluste, entgangener Gewinn und sonstige mittelbare Schäden blieben außer Betracht. Die Beihülfe sei oft zweckmäßig außer in barem Gelde in Gestalt von Lebensmitteln, Saatgut, Baumaterialien, Handwerkszeug zu verabfolgen, und vielfach nicht auf einmal, sondern nach Maßgabe des Bedürfnisses, bei Ausführung von Arbeiten Ratenzahlungen je nach dem Fortschritt der Arbeiten, damit einer unwirtschaftlichen Verwendung des Geldes vorgebeugt werde. Die Beihülfen soll eine fünfgliedrige Kommission festsetzen, als deren Vorsitzender der kaiserliche Oberrichter in Windhoek bestellt werden könnte und die sonst noch aus einem Beamten und drei Richtbeamten bestände. Das wirkliche Bedürfnis wäre dafür entscheidend. Um rasch zu helfen, sei die Kommission zur Gewährung von Vorschüssen zu ermächtigen, deren Gesamtbetrag etwa die Hälfte der zur Verfügung stehenden zwei Millionen Mark aber nicht überschreiten dürfe. Gegen die Entscheidung der Kommission soll den Geschädigten ein Rechtsmittel nicht eingeräumt werden, einmal, um endlose Reklamationen abzuschneiden, dann aber auch, um dem Geschädigten möglichst bald Klarheit zu verschaffen, über welche Mittel er bei Wiederaufbau seines Wirtschaftsbetriebes verfügen kann, und so die ernstliche, ruhige Arbeit zu fördern. Das kaiserliche Gouvernement schätze in einem Telegramm die Höhe der Verluste durch die aufständischen Hereros wie folgt: Vieh ℳ 5 000 000, Häuser ℳ 137 000, totes Inventar ℳ 484 000, Warenbestände ℳ 702 000, Mobiliar, Kleider, Wäsche ℳ 389 000. Der Ersatz wenigstens des größten Teiles des geraubten Viehes werde voraussichtlich aus dem Beutevieh geleistet werden können.

Wie weit nach diesen Grundsätzen eine Entschädigung zu leisten wäre, wird davon abhängen, mit welchem Maßstab man die Handlungen der geschädigten Ansiedler mißt. Nach allem, was über die Ursachen des Hereros-Aufstandes, besonders aus den Briefen der Missionare bekannt geworden ist, dürften sich nur wenige darunter finden, die frei von aller Schuld an dem Aufstande sind. Es sind so viele „eigenmächtige und gesetzwidrige Handlungen“ der Ansiedler bekundet worden, daß gar viele bei den Entschädigungen ausscheiden müßten. Es ist aber kaum zu erwarten, daß die Regierung sonderlich scharf prüfen wird, denn ihr kommt es vor allem darauf an, die weißen Ansiedler zu halten, weil ja sonst jeder Grund für das Festhalten der Kolonie hinfällig werden würde.

Das preußische Abgeordnetenhaus wird wahrscheinlich ohne Sessionsschluß eine längere Vertagung erfahren. Eine parlamentarische Korrespondenz berichtet: Ueber die Art und Weise der Erledigung der Geschäfte des Landtages wird in maßgebenden parlamentarischen Kreisen der Standpunkt vertreten, daß mit Beendigung der ersten Lesung der wasserwirtschaftlichen Vorlagen sofort die Kommission ihre Beratungen beginnen soll, während das Plenum sich mit anderen Vorlagen beschäftigt. Sobald die wasserwirtschaftlichen Vorlagen in der Kommission durchberaten sein werden, soll das Plenum in eine Vertagung von einigen Wochen nach Analogie des Vorgehens von 1899 eintreten. In der Zwischenzeit werden die Berichte der Kommission über die einzelnen Entwürfe fertiggestellt werden können. Anfang August würde nach dieser Anschauung das Plenum wieder zusammentreten und bis zum 20. August die wasserwirtschaftlichen Vorlagen erledigen.

Die Diätenbezieher des preußischen Junkerparlaments würden so in einfacher Weise die Kosten ihrer Sommerreisen decken können — auf Kosten der Steuerzahler.

Die Flottentreiber sind wieder mit aller Macht an der Arbeit, dem uferlosesten Wassermilitarismus die Wege zu bahnen. Sie haben am Sonnabend in Dresden getagt und General Keim hielt ein Referat über „die Aufgaben des Flottenvereins für die nächste Zukunft“, in dem er auseinanderzusetzen suchte, daß Deutschland vor der unabweislichen Notwendigkeit stehe, mit aller Beschleunigung in eine ganz erhebliche Vermehrung seiner Kreuzerflotte einzutreten, so daß mindestens bis zum Jahre 1912 drei moderne Linienschiffs-Doppelgeschwader nebst den zugehörigen großen und kleinen Kreuzern fertiggestellt sein müßten. Wenn man auch nicht übersehen könne, daß außer der „Reform“ des Flottengesetzes auch eine Heeresvorlage in Sicht sei, so sei es eben notwendig, daß von der Regierung beide Vorlagen zu gleicher Zeit eingebracht werden müßten! Hand in Hand mit diesen Vorlagen werde eine „großzügige Steuerreform“ einzuleiten sein. Selbst eine nicht zu vermeidende Mehrbelastung müßte ertragen werden. Nach längerer Diskussion über das Referat wurde schließlich folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der Gesamtvorstand des Deutschen Flottenvereins beschließt, unverzüglich in eine großzügige Agitation für eine erhebliche Verstärkung der Flotte und einen nach jeder Richtung beschleunigten Ausbau derselben einzutreten.“

Nun kann es also losgehen. Es sind ja nur „Kleinigkeiten“, um die es sich handelt, „nur“ 17 Linienschiffe mit Zubehör mehr, als nach dem Flottengesetz von 1900 erst fünf Jahre später, nämlich 1917, vorhanden sein sollten. Die Hunderte von Millionen, die dazu erfordert werden, bringen wir durch eine „großzügige“ Steuerreform auf, deren „Großzügigkeit“ natürlich darin zu bestehen hat, daß die Reichen sich nach Möglichkeit von der Steuerzahlung freihalten und selbstlos und großmütig, wie sie nun einmal sind, den Volksmassen das Zahlen überlassen.

Diese Treiberei artet, wie im Leitartikel der heutigen Nummer des näheren dargelegt ist, nachgerade in hellen Wahnsinn aus.

Sonderbaren Illusionen geben sich manche „Politiker“ in bezug auf den Charakter und die Absichten des neuen Scharfmacherverbandes hin. Es ist ihnen nicht geheuer bei der von dieser neuen Kampforganisation des Unternehmertums drohenden Verschärfung des Klassenkampfes, und sie möchten durch gute Ratschläge und Ermahnungen die Scharfmacher dazu bewegen, mildere Saiten aufzuziehen. So schreibt z. B. die „Weser-Ztg.“:

„Auch uns steigen manche Bedenken bei dem Schritt des Zentralverbandes deutscher Industrieller auf. Gerade in ihm verkörpert sich am meisten jene Rücksichtslosigkeit des Unternehmertums, das auf die neuere soziale Entwicklung keine Rücksicht nehmen will und das noch immer mit geheimen oder auch offenen Neigungen an dem verflossenen Sozialistengesetz hängt. In ihm sind die Kreise leitend, die sich von einer polizeilichen Aktion gegen die Sozialdemokratie etwas versprechen und die zugleich dem allgemeinen Stimmrecht gram sind, Kreise, die auch dem Staate und den Konsumenten gegenüber starrknöchig ihren Vorteil wahrnehmen und dabei mit dem Schlagwort „national“ verschwenderisch umgehen. Der Sozialreform dagegen sind sie meist gründlich abgeneigt. Es ist zu fürchten, daß auch von dieser Seite her der Kampf manchmal mit unnötiger Schärfe und Unversöhnlichkeit geführt wird, so daß die Allgemeinheit dabei Schaden leidet. Aber es liegt im Zuge der Zeit, daß diese Richtung die Führung an sich nimmt. Die Schärfe der sozialdemokratischen Angriffe erzeugt eine gleiche Schärfe in der Abwehr. Hart gegen hart, Auge um Auge, Zahn um Zahn. Aus Rücksichten auf die Allgemeinheit muß man das mit Besorgnis ansehen. Aber es ist ein Uebel, das aus der sozialdemokratischen Verhetzung hervorgeht; diese bildet die Wurzel. Von der Aktion des neuen Arbeitgeberverbandes muß man hoffen, daß sie der Notwendigkeit versöhnlichen Verhaltens eingedenk bleibt und, soweit es irgend möglich ist, auf das schöne Ziel der „Förderung eines friedlichen Zusammengehens von Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ hinwirkt. Denn nur mit Grauen mag man daran denken, daß der soziale Kampf in Deutschland noch höher auflodere und daß unser Volk vollends in zwei Hälften auseinanderfiele, die die Gesamtheit den größten Gefahren aussetzen, weil sie sich über die Verteilung des nationalen Einkommens nicht einigen können.“

In ähnlichem Sinne schreiben auch die „Dresd. Nachrichten“: „Eins muß auch der schärfste Gegner der Sozialdemokratie und der lebhafteste Freund des Unternehmertums wünschen, daß nämlich die neue Organisation der Arbeitgeber über ihren kampfpolitischen Zielen gegenüber der Sozialdemokratie nicht die ebenso nötige soziale Friedensarbeit vernachlässigt. In dieser Beziehung läßt das Veste erhoffen, was der § 2 der Satzungen besagt, demzufolge die Hauptstelle ausdrücklich von der Generalidee geleitet wird, ein friedliches Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu ermöglichen. In welchem Sinne dieser Hinweis zu verstehen ist, darüber gibt eine vom bayerischen Industriellenverbande kürzlich veröffentlichte Denkschrift Aufschluß, in der es heißt: „Das Recht der Koalitionsfreiheit darf den Arbeitern nicht genommen und auch kein Versuch gemacht werden, dasselbe in irgend einer Form beschränken zu wollen. Der Arbeitgeberbund muß grundsätzlich auf dem Standpunkte stehen, daß jeder Mensch das Recht hat, sich durch Vereinigung mit seinen Berufsgenossen im wirtschaftlichen Leben Vorteile zu erkämpfen.“ Diese Worte enthalten offenbar eine ehrliche Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiterorganisationen, sofern sie nicht politische Macht- und terroristische Parteizwecke verfolgen, sondern wirklich auf die Hebung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder bedacht sind. Um nun

---

[14] (Nachdruck verboten.)

Kraft.

Roman von Fritz Mauthner.

„Du mußt Geduld mit mir haben,“ sagte er endlich. „Es lastet etwas auf mir.“

„Kannst Du es mir nicht sagen?“

„Nein.“

„Niemals?“

„Nein. Bescheiden wir uns. Wir sind zwei Scherben aus gleichem Thon. Zwei Scherben, die zu einander passen. Bilden wir uns nicht ein, daß wir uns zu etwas Ganzem verbinden können.“

„Sprich nicht so,“ sagte Marianne und bog ihre Hand herab, daß sie seine Finger berührte. „Mein Leben magst Du mit einem Scherben vergleichen. Aber Deines nicht. Von Dir sollst Du so etwas nicht sagen. Nicht nur, weil es mir weh tut. Es ist auch nicht wahr.“

Van Tenius fuhr ihr dankbar und schmeichelnd mit seiner linken Hand über die ihre. Sie sagte noch leiser und schüchterner:

„Du kennst mich immer noch nicht. Mir kommt Zweifel immer wie Schwäche vor. Adlige Menschen, wie Du, sollten nie zweifeln. Sieh, Robert, ich bin ja dumm. Aber . . . Schon vor dem Unglück war mir Wolfgang oft so . . . Er war zwar tüchtig in seinem Beruf. Aber er zweifelte doch eigentlich an der Notwendigkeit von alledem, von dem Militär und so. Und sieh, darum bin ich ihm schon damals fremd geworden. Weil er nicht eins war mit seinem Beruf. Und darum bin ich Dir so vertraut, weil Du selbst willst, was Du . . . ja, weißt Du: das, was Du willst, willst, ist Dein eigener Wille . . . Ich habe Dich lieb. Gerade darum, weil Du kein Scherben bist, wie . . . manche andere immer waren.“

Van Tenius antwortete nicht gleich. Seine Stimmung konnte er der Geliebten nicht verbergen. Nur über den Grund konnte er täuschen. Und nicht einmal Täuschung war es, wenn er sein ganzes arbeitssames Leben überblickte und sich dann unzufrieden nannte.

Wieder einmal erzählte er ihr von seiner Jugend, aber diesmal anders, bitterer als sonst. Eine völlig mittellose Waise war er von seinem achten Jahre gewesen. Ganz und gar von den Wohltaten wohlhabender Verwandten abhängig. Man hatte ihn großmütig nicht zu einem Handwerker in die Lehre gegeben, man hatte ihn, weil er ein begabtes Kind war, studieren lassen; fünfzehn Jahre lang hatte er Bettelbrot gegessen. Sie hatten ihn nicht kärglich gehalten, die Verwandten. Aber täglich mußte er die Unterstützung bezahlen mit dem besten Stolze seiner Seele. Liebe hatte er heucheln müssen, Dankbarkeit, Achtung. Zwölf Geburtstage hatte er sich merken müssen. Zu jedem Geburtstag hatte er einen schönen Brief schreiben müssen, und zwölf auf einmal zu Weihnachten. Niemals warf man ihm die Wohltaten vor. Man lobte ihn, aber gönnerhaft. Fünfzehn Jahre lang hatten die Onkel und Vettern — und wie erst die Frauen — ihn mit ihrer Gönnerhaftigkeit hineingetrieben in den Haß gegen ererbten Reichtum, in den Haß gegen die Gesellschaftsordnung, in den Haß gegen sich selbst, gegen seine eigene Unwahrheit, gegen sein knechtisches Wesen.

„Du wirst es kaum glauben Marianne, aber erst zwölf Jahre war ich alt, da habe ich das Programm meines Lebens entworfen, nach dem ich bis heute gelebt habe. Vielleicht war es auch ein Lehrer, dem ich das Programm verdanke. Ein armer trauriger Mensch, der mich lieb hatte. Er hatte nichts zu verschenken als seine Trauer. Zwölf Jahre war ich erst alt, da nahm ich mir vor undankbar zu sein, die Gnaden aller der Vettern und Basen hinzunehmen, meine Seele dafür zu knechten, die Komödie dafür zu spielen, weil ich was lernen wollte, weil ich Hammer sein wollte und nicht Ambos, weil ich einmal als Mann an der Tafel des Lebens sitzen wollte, an der geschmückten Tafel, nicht in der Bedientenstube, nicht aufwartend, nicht unter dem Tisch die Brosamen zusammensuchen. Die hohe Weisheit! Fünfzehn Jahre Bedienter und nachher bei Tisch sitzen! Und damals schon sagte sich der zwölfjährige Junge, und ich versichere Dir, Marianne, ich sagte mir es damals klar und jugendlich edel und fest, ich kann es Dir beweisen durch Tagebuchblätter: daß ich dann Hammer sein wollte nicht gegen die anderen Knechte, nicht gegen den allgemeinen Ambos, sondern der stärkere Hammer gegen die anderen Hämmer, die auf mich losschlugen, daß ich meine Kraft und mein Gelerntes anwenden wollte zu Gunsten meiner Genossen, der Knechte und Bedienten.“

Marianne wußte, daß sich dann, gerade als van Tenius seine Studien vollendet hatte, seine Lebensschicksale veränderten. Ein reicher Onkel war ohne Testament gestorben und dem neugebackenen Doktor juris war eine Erbschaft zugefallen. Eine Erbschaft, für die er nicht dankbar zu sein brauchte. Gerade genug, daß ein bescheidener einsamer Mensch, ein Volksanwalt, von den Zinsen beinahe leben konnte. Sie erinnerte den Freund jetzt daran, daß durch diesen Zufall doch alles ausgeglichen wäre, daß er nun sein Programm ausführen konnte.

Van Tenius lachte auf.

„Jawohl, ich kann mir eine Stube bezahlen und mein Essen und zu Weihnachten einen neuen Anzug. Ich brauche auch weiter nichts. Und da mir nicht Geld genug bleibt, um einem Armen ein Stück Brot zu geben, so kann ich, was man mich lernen ließ, den Armen zur Verfügung stellen. Aber 15 Jahre habe ich lügen müssen, um das zu erreichen, und zwölf Menschen, lebendige und tote, haben das Recht, mich einen Lügner zu nennen.“

Marianne blieb stehen und faßte unbekümmert um einzelne Zeugen seine rechte Hand.

„Was hast Du, Robert? Sag es mir. So warst Du doch sonst nicht.“

„Vielleicht ist es der Frühling, mein liebes Herz. Da regt sich alle Kreatur, weil sie was werden möchte.“

„Gesteh es mir ein, Robert, meine Liebe genügt Dir nicht.“

Sie waren wieder weiter gegangen Arm in Arm. Jetzt blieb van Tenius stehen. Der harte Zug um seinen Mund vertiefte sich, trotzdem er froh dazu lächelte.

„Du bist ein Weib, mein Herz. Wir können uns darin nicht ganz verstehen. Nur einen frühreifen Knaben, einen Jüngling kann die Liebe ganz ausfüllen, wie sie das ganze Leben des Weibes verschlingen kann. Ein Mann ist wie ein Soldat im Kriege. Hat er nicht zu kämpfen, so hat er doch zu marschieren, und muß froh sein, wenn der Marsch geradewegs aufs Schlachtfeld los geht, und nicht ziellos in der Irre. Ich glaube, ich marschiere geradeaus. Darum habe ich viel anderes zu denken, als die Liebe. Das weißt Du und Du nimmst es hin. Aber etwas hat ja wohl auch so ein Soldat, was er noch lieber hat als den Krieg. Sieh, mein Herz, das alte Wort: ich liebe Dich wie meinen Augapfel. Ich denke nicht immer daran, daß ich Augen habe. Aber unaufhörlich schenken sie mir Schönheit und Glück, unaufhörlich schütze ich sie ganz instinktiv, und wenn ich an sie denke, so bin ich froh. Nein, das Bild ist falsch. Denn lieber noch, als meine Augen habe ich Dich, Marianne.“

Sie waren weiter gegangen, unbekümmert um die Welt wie zwei Kinder. Arm in Arm und zugleich Hand in Hand.

Wieder nach einer Weile sagte Marianne:

„Aber doch bist Du nicht froh. Bist Du ehrgeizig geworden?“

„Geworden?“ fragte er lächelnd. „Gewesen. Wie ich zwölf Jahre alt war. Berge wollte ich versetzen, Monarchien stürzen und vernichten, oder wenigstens die Welt verbessern. Ich bin längst nicht mehr ehrgeizig. Als Student, im Hörsaal und in der Kneipe, da habe ich verglichen. Ich gehöre zum Mittelgut. Nein, Marianne, das verstehe ich besser, und Du wirst mi chauch schon lieb behalten als Mittelgut. Ich bin kein hervorragender Mensch. Ich will weiter nichts, als zu dem großen Bau ein kleines Steinchen beigetragen haben. Wenn es den Bau überhaupt gibt. Das ist die große Illusion des Mannes, daß er bauen möchte. Maurer möchten wir alle sein, Freimaurer; aber faule Maurer sind wir. Wenn ich meine Arbeit, Du weißt ja, die statistische Geschichte, vollendet haben werde, dann müssen erst ein paar hundert ehrliche Menschen in ganz Europa dieselbe Arbeit noch einmal tun, und Millionen Knechte müssen um Hülfe schreien, bevor wir hundert zusammen einen kleinen Stein zum großen Bau herbeischaffen können. Ach was! Ein Sandkorn für den Mörtel. Vor jeder Ameise hätten wir uns zu schämen, wir faulen Freimaurer.“

Zwei Tränen flossen seiner Geliebten langsam die Wangen herunter.

„Du bist unglücklich, Robert. Was hast Du? Kannst Du es mir nicht sagen? O, ich weiß, Du bist zu gut! Diese Verteidigung regt Dich auf, die Du übernommen hast. Der arme Pole regt Dich so auf. Seit dem Tage bist Du so.“

„Es mag sein. Aber das muß ich durchführen. Das ist ein Hauptpunkt in meinem Programm. Ich muß den Armen helfen lernen.“

Er zwang sich ruhiger zu werden, und begann ein leichteres Gespräch über Mariannens bevorstehende Dresdener Reise, über die schwierige Erziehung Wölfis und über ihren alten Plan, sie einmal nach Dresden zu begleiten, und dort einen ganzen Tag, von Sonnenaufgang bis Mitternacht frei und glücklich mit ihr zu verbringen.

(Fortsetzung folgt.)